

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Paris, 9. Febr. Nach Berichten aus Madrid von heute war über eine Auflösung der Cortes noch nichts entschieden.

Wien, 9. Febr. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Szeged (Szeged) vom heutigen Tage wächst der Aufstand in der Gegend von Oskoz. Bei polnisch Dombrowa (Gouvernement Bialystok) sammeln sich Insurgenten unter Kurowski. In Czestochau kann man flüchtlich den Angriff von Langiewicz erwarten. Der Verwaltung der Warschauer Eisenbahn haben die Insurgenten zugesagt, die Bahn nicht zu beschädigen, wenn die Züge jedesmal auf ihr Verlangen anhalten würden.

Aus Alexandrien vom 3. d. wird gemeldet, daß der Vicekönig am Tage vorher daselbst eingetroffen sei und dem französischen Consul für die Mißhandlung, die ein an dem Suezkanal angestellter französischer Unterthan erlitten, eine glänzende Genugthuung gegeben habe.

London, 8. Febr. Es wird berichtet, daß England trotz der Ablehnung des Herzogs von Coburg dessen Thronkandidatur aufrecht hält und vorläufig dahin wirkt, daß die griechische Nationalversammlung die Wahl des Prinzen Alfred annullire, und den Herzog von Coburg als König wähle. In diesem Falle ständen weitere Verhandlungen in Aussicht.

Lissabon, 9. Febr. Im Hafen von Angola hat ein englischer Dampfer ein portugiesisches Dampfschiff beschimpft, hat aber am Tage darauf die geforderte Genugthuung gewährt.

Triest, 9. Febr. Nach den mit der Ueberlandpost eingetroffenen Nachrichten aus Calcutta vom 8. v. M. besteht das in den japanischen Gewässern befindliche russische Geschwader aus 12 Dampfern, die größtentheils vor Nagasaki liegen. In Mitato, der Residenz des Mitato, sollen Unruhen ausgebrochen und der Letztere verschwunden sein. Aus Hongkong war gerüchelt, daß zwischen den Russen und Chinesen ein Vertrag abgeschlossen worden sei, nach welchem die Russen sich verpflichten hätten, Nanjing und die andern längs des großen Kanals gelegenen Städte den Rebellen zu entreißen, wogegen sie die Tschusan-Inselgruppe erhalten sollten.

Der russische Admiral Popoff hat mit dem britischen Admiral Cooper in Hongkong eine Konferenz gehabt.

Preußen.
Landtags-Verhandlungen.

10. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (9. Febr.)

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung nach 10 1/2 Uhr. Am Ministerium: Geh. Finanzrath Bolling und Geh. Justizrath Meyer. Mehrere Urtheile und Entschuldigungsgehe werden verlesen. Die Commission zur Vorberathung der Gesetzentwürfe wegen der Verfassung der Invaliden hat sich constituirt und gewählt zum Vorsitzenden den Abg. Stadenhagen, zu dessen Stellvertreter den Abg. Hartort, zum Schriftführer den Abg. Senf, zu dessen Stellvertreter den Abg. Pannier; außerdem sind Mitglieder der Commission die Abg. Baron Baer, Beihle, Baron Seydlitz, Calow, v. Beugheim, Graf Strachwitz, Haebler, Knebel, Förster, Sartorius. Das Haus tritt nach dieser geschäftlichen Mittheilung in die Tagesordnung, die Berathung des Berichts der 11. Commission, betreffend die Reisekosten und Diäten, und die Kosten amtlicher Stellvertretung der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten. Wir haben darüber bereits ausführlich berichtet.

Es sind Amendements zu den Commissions-Anträgen eingegangen von den Abg. Parrisius (Westphalen) und Reichensperger (Sachsen).

Der Abg. Parrisius beantragt: 1) Die Diäten auf 4 Thlr. täglich zu fixiren; für den Fall, daß ein Abgeordneter auf der Reise nach Berlin erkrankt, die Diäten vom Tage der Abreise — nicht des Eintritts in's Haus — zu berechnen; dem Präsidenten des Hauses monatlich 500 Thlr. Repräsentationskosten anzuweisen und dabei den angefangenen Monat für voll zu rechnen; die Diäten auch während des Urlaubs zu zahlen, wenn derselbe krankheitshalber nachgesucht werden mußte; den Abg. von ihrem Eintritt in's Haus ab Portofreiheit für alle von Berlin — auch durch die Stadt-Post — abgehenden und für die von außerhalb an sie gelangenden Briefe bis zum Gewicht von 2 Loth zu gewähren; ihnen ferner zu gestatten, Sendungen an ihre Wähler, die sich auf ihr Verhältnis als Abgeordnete beziehen, durch das Bureau des Hauses portofrei befördern zu lassen; 2) diese Amendements an die Commission zu verweisen und die Verhandlung bis nach erfolgter Berichterstattung auszuschieben. Dieser Antrag wird (von der Fortschrittspartei) ausreißend unterstützt.

Der Abg. Reichensperger beantragt: Die in das Haus gewählten Beamten, welche vom Staat eine Befoldung oder fixe Diäten beziehen, haben zu den Stellvertretungskosten beizutragen; zur Feststellung dieses Beitrages werden die sämtlichen Gehälter und die sämtlichen Vertretungskosten zusammengerechnet und die letzteren nach Verhältnis der ersten repartirt; niedergezahlt werden diejenigen Beträge, welche die Hälfte der Abgeordneten-Diäten oder ein Drittel des Gehalts übersteigen. Dieses Amendement wird gleichfalls (von den Katholiken und Feudalen) unterstützt.

Der Präsident eröffnet die General-Discussion.

Referent Abg. Ahmann theilt mit, daß nach Feststellung des Berichts zwei Petitionen aus Bonn auf Ablehnung des Gesetzentwurfes eingegangen seien.

Abg. v. Rönne (Solingen): Das Gesetz scheint ihm auf gleichem Fuße zu stehen mit der ebenfalls Petition wegen der Stellvertretung in der Armee. Es handle sich hier gar nicht um das Interesse der Beamten, sondern um das Interesse des Volkes; dem Volke müsse der größte Spielraum bei der Wahl gegeben werden. Deshalb habe der Art. 78 der Verfassungs-Urkunde die Beamten von der Nothwendigkeit, einen Urlaub nachzusuchen, entbunden. Die Frage sei also gar keine offene mehr, sondern bereits durch die Verfassung entschieden. Wenn das Gesetz angenommen würde, so hätte die Regierung alle möglichen Vorwände, die Beamten aus der Kammer zu entfernen. So könnte sie z. B. nicht mit Unrecht behaupten, daß Männer wie Gneiss und Seydel gar nicht vertreten werden könnten. Sie könnte die Maßregelung dann in so großartigem Maßstabe ausführen, daß die Verfassung nach Gumbinnen u. s. w. Rinderpöbel dagegen wären. Die Sache sei aber noch gar nicht spruchreif. Man wisse noch gar nicht, wie hoch finanziell das Object sei, um das es sich handle. Es müsse auch erst festgestellt werden, wie diese Frage in andern Ländern behandelt werde und in Bezug auf die im Range der Abgeordneten gleichstehenden Beamten in unrerem Lande. Er spreche sich deshalb für die Zurückweisung an die Commission aus.

Abg. Reichensperger (Sachsen): Er habe sich zwar für den Commissionsantrag einzusetzen lassen, sei aber im Princip mit der Regierung einverstanden. Er erkenne an, daß der Zeitpunkt der Einbringung so inopportun wie möglich gewählt sei. Es läge so aus, als ob ihm tendenziöse Absichten zu Grunde lägen. Der Sach, daß die Beamten die Kosten der Stellvertretung tragen müßten, ist 1849 von den liberalen Parteien als richtig anerkannt worden. Die bedeutendsten Mitglieder der liberalen Partei, zum Theil noch Mitglieder dieses Hauses, hätten sich für das Princip entschieden. Gegen das Princip sei kein Redner aufgetreten; die, welche dagegen gesprochen, hätten den Sach nur nicht in die Verfassung aufnehmen wollen, sondern in ein besonderes Gesetz. Wie der Gesetzentwurf einen Widerspruch mit der Verfassung enthalten solle, begreife er nicht. Abgesehen von den augenblicklichen gespannten Verhältnissen, würde die Majorität gewiß einsehen, daß es vielmehr im Interesse der Staatsregierung, als eines freisinnigen Abgeordnetenhauses sei, wenn die Beamten die Kosten der Stellvertretung trügen. Er warne deshalb vor einem einfachen Nein. Wenn freilich das Gesetz zu Maßregelungen gegen die Beamten benutzt werden sollte, müßte er sich gegen das Princip aussprechen. In Belgien müßte jeder Beamte, bevor er den Abgeordneteneid leisten dürfe, sein Amt niederlegen. — Die Frage über die Wahl der Beamten gehöre ins Wahlgesetz. Was die Diäten betreffe, so werden in Frankreich keine Diäten gezahlt, auch in England nicht.

Wenn man also nach der Würde des Hauses frage, so müsse man sich anders entscheiden, als die Vorredner. — Mit der Formulierung des Gesetzentwurfes durch die Commission könne er sich eben so wenig einverstanden erklären, wie mit deren Princip. Auch die Mitglieder des Herrenhauses, welche als Beamte und besondere Vergütung erhielten, seien ebenfalls zu berücksichtigen. Daß die Frage der Stellvertretungskosten individuell für jeden einzelnen Beamten nach Ermessen der Regierung regulirt werde, sei auf keinen Fall zulässig. In diesem Sinne sei sein Amendement formulirt. Er beantrage übrigens keineswegs, daß sich das Haus sofort dafür entscheide, sondern wünsche gleichfalls Zurückweisung in die Commission.

Abg. Parrisius (Brandenburg) zur Begründung seines Amendements: Zu den wunderbaren Erscheinungen der Jetztzeit gehöre, daß ein Ministerium, welches so wenig mit dem Abgeordnetenhaus harmonire, eine Verfassungs-vorrichtung zur Ausführung bringe, die so direct das Haus betreffe. In allen constitutionellen Staaten lege ein Ministerium solche Gesetze vor, wenn es sich in völliger Uebereinstimmung mit der Kammer wisse, wenn die Annahme schon vorher vollständig gesichert sei. Allein das Gesetz liege nun einmal vor. Hätte die Commission nur die Verwerfung desselben beantragt, so würde er kein Amendement gestellt haben, allein die Commission habe auch eventuelle Vorschläge gemacht. Er wolle nicht, daß sein Amendement sofort angenommen werde, allein als Quästor des Hauses habe er geglaubt in einer so delicates Angelegenheit seine Erfahrungen geltend machen zu sollen.

In dieser Beziehung habe er nun vorgeschlagen: 1) die Diäten zu erhöhen und 2) dem Präsidenten Repräsentationskosten zu gewähren. Er finde es nicht wohlthätig, daß die Abgeordneten, welche das Land gewählt habe, weniger Diäten erhielten als die Mitglieder des Provinziallandtages. Nach Vorgang anderer Länder sei den Präsidenten eine Wohnung gemietet, die das Budget des Hauses mit ca. 3000 Thlr. belaste. Es sei dabei die Absicht gemeint, daß die großen und schönen Räume benutzt werden sollten, um einen Versammlungspunkt zu bilden für die Abgeordneten, einen neutralen Boden, auf dem alle Fraktionen sich begegnen und besprechen, wo die Abgeordneten Gelegenheit hätten könnten, einander lieb zu gewinnen (Heiterkeit). Werde die Angelegenheit nicht geschicklich geregelt, so würde das Haus, wenn der Zweck erfüllt werden solle, nur reiche Leute zu Präsidenten wählen können und so sein Wahlrecht beschränkt werden. Der dritte Punkt solle die Portofreiheit der Mitglieder gesetzlich feststellen. Sein Amendement werde im Lande nicht mißverstanden werden; es solle die geachtete Stellung des Hauses auch in äußerer Beziehung aufrecht erhalten werden; denn wer das Haus mißachte, mißachte auch das Volk. (Beifall.)

Der Präsident theilt mit, daß während der eben gehörten Rede seitens des Herrn Justizministers ein Schreiben eingegangen sei, worin ihn derselbe benachrichtige, daß ihm während der heutigen Sitzung der Geh. Ober-Justizrath Meyer assistire; nöthigenfalls ihn vertreten werde. Diese letztere Bemerkung sei in dem Schreiben des Finanzministers nicht einmal enthalten, vielmehr sei in diesem nur die Anwesenheit des Kommissars anmerkt.

Abg. v. Vinde (Stargard) zur Geschäftsordnung: Er knüpfe an die letzten Worte des Abg. Parrisius, der Achtung vor dem Hause verlangte, an; es sei hier eine Vorlage gemacht, die vom gesammten Staatsministerium contrasignirt, zu deren Vertretung kein Minister im Hause anwesend sei. Der Herr Justizminister habe von „assistiren“ geschrieben und sei doch selbst abwesend; aber man könne nur einem Menschen assistiren, nicht aber einem Schatten (große Heiterkeit). Wenn man die Minister angreife, wünsche man, daß sie da seien; man wolle sie selbst angreifen, nicht aber die Kommissarien. Auf Grund des Art. 60, Alinea 2 der Verfassung könne das Haus „die Gegenwart der Minister verlangen“, und von diesem Rechte müsse gewiß in einem Falle Gebrauch gemacht werden, wo es sich um die eigenen Angelegenheiten des Hauses handle. Er stelle deshalb den Antrag, das Haus wolle beschließen: die heutige Verhandlung auszusetzen und auf Grund der angegebenen Verfassungsbestimmung die Gegenwart der Herren Minister verlangen. (Lebhafte Bravo von allen Seiten.)

Der Antrag wird fast einstimmig unterstützt und demnach eben so einstimmig angenommen. (Dagegen die Feudalen, Graf Schwerin, Plazmann, v. Mallinckrodt; Herr v. Batow stimmt dafür.)

Präsident Grabow (als nach diesem Beschluß der Geh. Ober-Justizrath Meyer sich erhebt): Der Herr Assistent des Herrn Justizministers hat das Wort (große Heiterkeit); Herr Meyer, der im Begriff war, den Saal zu verlassen, macht eine abweichende Bewegung und setzt sich wieder. Ich schließe sonach die heutige Sitzung und setze die nächste Sitzung auf morgen Vormittag um 10 Uhr an.

Abg. Graf Schwerin bemerkt, Vertagung bis morgen sei nicht erforderlich, vielmehr werde Aussetzung der Sitzung auf eine halbe Stunde oder auf eine Stunde genügen.

Präsident Grabow erwidert: Er sei nicht in der Lage, den Ministern von dem gefaßten Beschluß Nachricht zu geben und abzuwarten, ob dieselben in einer Stunde erscheinen würden.

Das Haus stimmt lebhaft bei. — Die Sitzung ist somit geschlossen. — (Während die Abgeordneten sich entfernen, tritt Graf zur Lippe aus dem Ministerzimmer in den Saal, entfernt sich aber sofort wieder unter großer Heiterkeit der noch Anwesenden.)

Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung wie heute.

6. Sitzung des Herrenhauses. (9. Februar.)

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung gleich nach 2 Uhr. Das Haus ist nur spärlich besetzt, die Tribünen sind fast leer. Am Ministerium: v. Bismarck und v. Roon.

Die Tagesordnung ist: Mittheilung über die Ueberreichung der Adresse an Se. Maj. den König. Indem der Präsident diese Mittheilung macht, erhebt sich das Haus.

Präsident: Der Empfang der Deputation erfolgte gestern um 1 Uhr im Palais Sr. Maj. in Anwesenheit Sr. Excellenz des Hrn. Ministerpräsidenten. Nachdem ich Sr. Majestät den Dank dafür ausgesprochen, daß er der Deputation allerhöchster Gestalt, vor ihm erschienen zu dürfen, verlas ich mit allerhöchster Genehmigung die Adresse. Se. Majestät geruhten darauf folgendes zu erwidern:

„Es muß Meinem Herzen wohlthun, in der loyalen Adresse des Herrenhauses, welche Sie Mir verlesen haben, die volle Uebereinstimmung mit Meinen Gesinnungen zu finden.“

„Ich erkenne mit Ihnen in der Reichthum und dem gleichen Rechtsschutz für Alle die Grundlage des Staates und aller öffentlichen Verhältnisse, und werde die Wahrung des Rechtes, unbeschadet seiner nach den Bedürfnissen des Staates fortschreitenden Entwicklung, stets als meine erste und heiligste Pflicht betrachten. Wenn an dieser Grundlage in dem Widerstreit der Ansichten, welcher zwischen den Faktoren der Gesetzgebung hervorgetreten ist, allseitig festgehalten wird, so darf ich erwarten, daß die Krisis, auf welche der Schluß Ihrer Adresse hinweist, ihre Lösung zum Wohle des Vaterlandes finden und gleichzeitig das Verständnis der Wege fördern wird, auf welchen unser Verfassungsleben in regelmäßiger und geordneter Entwicklung fortschreiten kann. Es wird dies Ziel von Meiner Regierung erstrebt werden, indem sie mit Festigkeit auf dem von ihr vertretenen Standpunkte beharrt, aber jeder versöhnlichen Annäherung, welche die Machtstellung Preußens im Auge behält, zugänglich bleibt.“

„Ich danke dem Herrenhause für die Unterstützung, welche daselbe Meiner Regierung zugesichert hat, und für die Hingebung und das Vertrauen, von welchem das Haus in der Adresse Mir hat Zeugnis geben wollen.“

Der Ministerpräsident überreicht einen Gesetzentwurf, betr. die Jurisdiction der königl. Consular-Beamten im Auslande. Ein solches Gesetz sei von vielen Seiten für wünschenswerth erklärt. Als Muster habe man bei den vorgeschlagenen Einrichtungen die betr. Verhältnisse in der Türkei genommen, wo die consularische Jurisdiction durch Verträge geregelt sei. Neu sei in dem Entwurf die Herstellung einer zweiten und dritten Instanz, und zwar sei als zweite Instanz das Appellationsgericht in Stettin, als dritte

Instanz das Ober-Tribunal in Vorschlag gebracht. — Die Vorlage geht an die vereinigten Commissionen für Justiz und für Handel und Gewerbe.

Schluß der Sitzung: 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt; doch hofft der Präsident noch diese Woche eine anberaumen zu können, da der Commissionsbericht über den Gesetzentwurf wegen der Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaften bereits für den Druck fertig sei.

Berlin, 9. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem bisherigen königlich niederländischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an Allerhöchsthohem Hoflager, Baron Schimmelpenninck v. d. Deye, das Großkreuz des rothen Adlerordens; so wie dem Landrath des waldenburger Kreises, Freiherrn Arnold von Rosenberg, die Kammerherrnwürde zu verleihen; die Wahl des Landesältesten von Prittwitz auf Casimir zum Director der Oberhessischen Fürstenthums-Landschaft für die Zeit von Weihnachten 1862 bis dahin 1868; ferner den bisherigen Landgerichts-Assessor Jaeger zu Eberfeld, gemäß der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl, als besoldeten ersten Beigeordneten der Stadt Eberfeld auf eine zwölfjährige Amtsdauer; und den bisherigen Kreisrichter Dr. Ling als zweiten Bürgermeister und Beigeordneten der Stadt Danzig zu befähigen.

Bekanntmachung. Da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die polnischen Grenz-Post-Anstalten nicht in der Lage sind, die nach Polen bestimmten Geldsendungen aus Preußen u. s. w. zur regelmäßigen und sicheren Weiterbeförderung zu übernehmen, so können bis auf Weiteres von den diesseitigen Post-Anstalten Geldsendungen nach Polen zur Beförderung nicht angenommen werden.

Sobald die Annahme und regelmäßige Beförderung dieser Sendungen wieder stattfinden kann, wird das Publikum davon unverzüglich in Kenntniß gesetzt werden.

Berlin, den 9. Februar 1863. General-Post-Amt. Philipsborn.

Berlin, 9. Febr. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem außerordentlichen Professor an der Universität zu Berlin, Dr. Traube, zur Anlegung des von des Kaisers von Rußland Majestät ihm verliehenen St. Annen-Ordens dritter Klasse, so wie dem Kommerzienrath Damian Leiden zu Köln, zur Anlegung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein königliche Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse vom Verdienstorden des Großmüthigen und des von des Herzogs von Nassau Hoheit ihm verliehenen Militär- und Verdienst-Ordens Adolphs von Nassau vierter Klasse, die Erlaubnis zu ertheilen. (St.-A.)

Berlin, 9. Febr. [Vom Hofe.] Gestern früh um 11 Uhr empfing Se. Majestät der König den Vortrag des Präsidenten des Staatsministeriums, zu welchem sich später auch der Kriegsminister einfindet. Um 11 Uhr hatten die drei Präsidenten des Herrenhauses die Ehre, die von den Mitgliedern desselben an des Königs Majestät gerichtete Adresse Allerhöchsthohem überreichen zu dürfen. Gegen 3 Uhr fuhr Se. Majestät spazieren, und dinirte um 5 Uhr en famille bei Sr. H. Hoheit dem Kronprinzen. — Heute nahm Se. Majestät um 11 Uhr verschiedene militärische Meldungen, sodann die Vorträge des Civilcabinet und des Wirkl. Geh. Ober-Regierungsraths Costenoble entgegen, und empfing hierauf nach 1 Uhr den General-Feldmarschall Freih. v. Wrangel, und gegen 2 Uhr den Wirklichen Geh. Rath von Dörsch. (St.-A.)

[Die Abwesenheit der Minister] in der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten ist um so mehr auf gefallen, als das gesammte Staatsministerium in dem an den Sitzungssaal anstoßenden Zimmer von Beginn der Sitzung ab eine Konferenz gehalten haben soll. — Der Antrag auf Zurückweisung des Diäten-Gesetzes an die Comm. beruht auf einem Beschlusse der deutschen Fortschrittspartei, welche die Frage wegen der finanziellen Stellung der einzelnen Abgeordneten und des ganzen Hauses einer gründlichen Prüfung und ausführlichen Darlegung unterzogen wissen will. Das linke Centrum ist für einfache Verwerfung des Gesetzentwurfes, wird aber, wie es scheint, auch gegen die einstweilige Zurückweisung an die Comm. nichts einzuwenden haben. Die endliche Verwerfung des Gesetzes ist unzweifelhaft.

Die Frage, ob seitens des Hauses der Abg. in Bezug auf die Antwort Sr. Majestät des Königs etwas geschehen könne oder solle, ist vorgestern von der Fraction des linken Centrums ohne Widerspruch verneint. Die deutsche Fortschrittspartei wird die Berathung dieser Frage, in welcher die Ansichten getheilt sind, heute Abend fortsetzen.

[Im Herrenhause] idem man heute eine — kurz gesagt — weitergehende Antwort erwartet zu haben, und die Haltung des Hauses machte entschieden den Eindruck der Niederlagen und Enttäuschung darüber, daß der Ministerpräsident sich bei der dem Könige supplicirten Antwort genau so auf der Reserve gehalten hat, wie das Herrenhaus bei seiner Adresse und Adressdebatte.

[Keine Intervention in Polen.] Die „B. u. G. Z.“ schreibt: Wie verlautet, hätte die französische Regierung sowohl hier als in Wien die Erwartung ausgesprochen lassen, daß in der polnischen Insurrection keiner der Nachbarstaaten sich zu einer bewaffneten Intervention bestimmen lassen werde, so lange der Aufstand nicht die Grenzen des russischen Gebietes überschreite. Aus Wien wird derselben Zeitung geschrieben: „Ausland scheint eine Cooperation Oesterreichs und Preußens zur Unterdrückung der in Polen ausgebrochenen Empörung zu wünschen. Ich habe früher bemerkt, daß Graf Rechberg die ihm gemachten Andeutungen mit großer Zurückhaltung hingenommen habe. Das berliner Cabinet soll mehr Reizung verrathen haben, darauf einzugehen; man scheint sich dort aber vor allen Schritten Gewißheit verschaffen zu wollen, wie man in den Tuilerien über die Sache denkt.“

[Grenzbesetzung.] Die telegr. gemeldete Nachricht der „Kreuzzeitung“ lautet: „Wie wir hören, werden, weil der Aufstand in Polen an Ausdehnung zugenommen hat, das erste und zweite Armeecorps, so wie eine Division des zweiten Corps zusammengezogen werden, um für alle Eventualitäten in Bereitschaft zu sein. Wie verlautet, soll bei diesen Truppentheilen das Bataillon auf 800 Mann gebracht werden.“ Wie dieselbe Zeitung hört, begiebt sich der General-Major und Commandeur der 2. Garde-Infanterie-Brigade, v. Clauswitz, in Begleitung des Rittmeisters im Garde-Huf-Regt., v. Sonnig, nach Polen, und zwar der Erstere als General-Stabs-Chef bei dem Ober-Commando des 1., 2., 5. und 6. Armeecorps. — Sehr tendenziös meint die „Kreuzzeitung“: Der Segen der neuen Heeresorganisation zeige sich schon bei dieser Gelegenheit, denn wäre sie nicht da, so wäre wahrscheinlich die Landwehr einberufen worden. Nun in der That, wenn einer Insurrection gegenüber, von welcher Preußen vorläufig noch nicht im Mindesten bedrängt ist, das stehende Heer allein nicht genügt hätte, so ist man versucht zu fragen: was wäre denn einem wirklichen Kriege gegenüber geschehen? Es ist merkwürdig, wie die früher gerade von der „Kreuzzeitung“ und ähnlichen Blättern als musterhaft gepriesene Heeresorganisation heute, wo eine andere gewünscht wird, von denselben Organen als durchaus fehlerhaft und unzureichend hingestellt wird. Heute soll die alte Organisation nicht einmal einem vorläufig doch wirklich noch nicht bedeutenden polnischen Aufstande gegenüber genügen, und früher hat sie während der größten europäischen Verwickelungen ihre Schuldigkeit! (Westpreußen.) Die telegr. gemeldete Nachricht der „Nordd.

